Kranken selbst sich so weit gebessert, daß sie die Kunde von den anscheinend günstigen Erfolgen unserer Behandlung überall hin verbreitet haben. Infolgedessen strömen immer mehr Kranke von den Seeinseln und auch schon aus größerer Entfernung vom Festlande herbei. An manchen Tagen sammeln sich an unserem Lager 800 und mehr Kranke, welche unsere Hilfe beanspruchen. Es ist für uns unmöglich, für alle diese Unglücklichen zu sorgen, und wir müssen uns darauf beschränken, die besonders charakteristischen Fälle herauszusuchen, welche in eine Liste eingetragen und dann in fortlaufende Behandlung genommen werden. Es waren ziemlich umfangreiche bauliche Einrichtungen erforderlich, um diesen großen Krankenbetrieb in Ordnung durchführen zu können. Bis jetzt sind in unsere Liste 850 Kranke eingetragen, von denen 350 mit Atoxyl behandelt werden. Unter den letzteren befinden sich gegen 80 Schwerkranke. Eine größere Zahl konnten wir mit Rücksicht auf unseren beschränkten Vorrat an Atoxyl nicht in Behandlung nehmen, aber sobald das telegraphisch bestellte Atoxyl eingetroffen ist, was hoffentlich schon im Laufe der nächsten Woche der Fall sein wird, werden wir so viele Kranke behandeln, wie unsere Arbeitskräfte und die Erfüllung unserer eigentlichen Aufgaben es zulassen.

Ob und wie bald die anscheinende Besserung unserer Kranken zu einer wirklichen Heilung führen wird, läßt sich augenblicklich noch in keiner Weise angeben. Die früheren Beobachter haben bei der Arzneibehandlung regelmäßig nach anfänglicher Besserung früher oder später einen Rückfall mit Verschlechterung des Befindens gesehen, welche der fortgesetzten Behandlung nicht mehr gewichen ist. Obwohl wir etwas Derartiges bis jetzt nicht bemerkt haben, so machen wir uns doch darauf gefaßt und werden versuchen, durch Modifikation in der Behandlung, z. B. Aenderung in der Dosis und Anwendungsweise des Atoxyls oder Kombination des Atoxyls mit dem Trypanrot oder anderen Mitteln, die etwa eintretenden Schwierigkeiten zu überwinden. Sollten aber unsere Hoffnungen in Erfüllung gehen, und sollte es möglich sein, die Trypanosomen in den Menschen durch Atoxylbehandlung vollständig zu vernichten, dann würde damit auch die einfachste und beste Prophylaxis gegeben sein; denn wenn die Menschen von den Trypanosomen befreit sind, dann werden die Glossinen keinen Infektionsstoff mehr finden, welchen sie übertragen können, und damit muß die Seuche natürlich ihr Ende finden.

Sese bei Entebbe (Britisch-Ostafrika), den 5. November 1906.

... Es hat sich herausgestellt, daß wir im Atoxyl ein Mittel besitzen, das ein ähnliches Spezifikum gegen die Schlafkrankheit zu sein scheint, wie das Chinin gegen die Malaria. In meinem letzten Bericht habe ich mich über die Heilwirkung des Atoxyls absichtlich noch möglichst zurückhaltend geäußert. Seitdem sind nun aber schon wieder fast drei Wochen verflossen, und in dieser Zeit hat die Besserung unserer Schwerkranken, die ohne das Atoxyl wohl zum größten Teil schon zugrunde gegangen wären, so bedeutende und zahlreiche Fortschritte gemacht, daß in bezug auf die spezifische Wirkung des Mittels kein Zweifel mehr obwalten kann. Bei der Anwendung des Atoxyls zur Bekämpfung der Schlafkrankheit kommt nun aber alles darauf an, die Kur so zu gestalten, daß eine Massenbehandlung der Eingeborenen ohne Schwierigkeit durchzuführen ist. In dieser Beziehung glaube ich mit der von mir befolgten Methode einen glücklichen Griff getan zu haben. Wir behandeln augenblicklich bereits gegen 500 Kranke und werden, obwohl wir viele Hilfesuchende abweisen müssen und fast nur noch Schwerkranke annehmen, in einer bis zwei Wochen eintausend zu behandeln haben. Das läßt sich aber nur bei der Art und Weise, wie wir das Atoxyl anwenden, machen. In zwei bis drei Monaten werden wir nach meiner Rechnung so weit sein, daß wir bei der Mehrzahl unserer Kranken die Kur beendigen können. Wir müssen dann aber die Kranken noch eine ebenso lange Zeit beobachten, ob keine Rückfälle eintreten. Erst wenn wir darüber Gewißheit erlangt haben, daß die Heilung nach dem Aussetzen des Atoxyls von Bestand ist, können wir unsere Aufgabe als gelöst ansehen. Denn daß sich die Prophylaxis der Seuche mit der Heilung der Kranken von selbst ergibt, liegt auf der Hand . . .

# Deutsches Reich.

Leipzig, 21. Dezember.

** **Repräsentationsgelder für den Reichstagspräsidenten.** Graf Ballestrem, der bisherige Reichstagspräsident, hatte als Besitzer von Millionen auf Repräsentationsgelder als Reichstagspräsident verzichtet. Dies wird jetzt anders werden. Im Etat für den Reichstag für 1907, der noch nicht mit den übrigen Etats vorgelegen hat, soll eine bestimmte Summe eingesetzt werden, die an den Präsidenten des Reichstags für Repräsentationszwecke zahlbar ist, ein Verzicht soll unstatthaft sein. Für einen nicht oder wenig vermögenden Präsidenten ist eine solche Summe auch unerläßlich. — Zweckmäßig würde es auch sein, den Reichstagsetat in anderer Beziehung etwas besser zu dotieren, so wäre es sehr erfreulich, wenn der neue Reichstag auch für seine Beamten und Stenographen, die nicht fest angestellt sind, höhere Gehälter zahlte, da die jetzt zur Auszahlung gelangenden Gelder seit 20 Jahren keine Aufbesserung erhalten haben, während die Beamtengehälter in anderen Behörden gestiegen sind. Wenn der Präsident und die Abgeordneten besser gestellt sind, können es auch die Beamten werden. — Wie in parlamentarischen Kreisen erzählt wird, soll Graf Ballestrem mit dem Präsidialgebäude nicht zufrieden gewesen sein. Das Gebäude enthält neben 3 Sälen nur 9 Zimmer, abgesehen von der Direktorialwohnung, für eine große Familie ist dies nicht allzuviel. Zur Zeit der Hofbälle war das Präsidialgebäude für die Familie Ballestrem stets zu klein. — Weiter wird erzählt, daß Graf Ballestrem es bitter empfunden hat, daß man ihm nicht für die Präsidentschaft gedankt habe am Schlusse der letzten Sitzung. Diese Unterlassung ist keine Absicht gewesen, das Haus war durch die plötzliche Auflösung bestürzt und Graf Ballestrem schloß sein Kaiserhoch sofort an die Worte des Kanzlers an, so daß niemandem Zeit blieb, dem Präsidenten für seine Tätigkeit zu danken. Die Zentrumspartei will diese Unterlassung durch einen öffentlichen Dank gutmachen. Wir meinen, es sei jetzt besser, auch dies zu unterlassen.

th. **Reichstag und Diätenzahlung.** Anderslautenden Meldungen gegenüber stellen wir folgendes fest: Das Diätengesetz ist in seinen Bestimmungen eigentlich erst am 1. Dezember d. J. in Kraft getreten, da die Reichstagsabgeordneten im Mai 1906 ein Pauschale von 2500 ℳ erhielten, das bis zum 30. November d. J. Gültigkeit hatte (§ 10 des Diätengesetzes). Für November würde daher den Abgeordneten nichts besonders gezahlt, sondern ihnen nur Abzüge gemacht von den am 1. Dezember auszuzahlenden Betrag, der nach § 1 200 ℳ betrug. Der Abzug für jede fehlende Sitzung im November betrug 20 ℳ und danach richtete sich die Höhe der Summe, die am 1. Dezember zur Auszahlung gelangte. Nach § 1 des Gesetzes sollten am 1. Januar 300 ℳ zur Auszahlung gelangen und von dieser Summe wären die Gelder für im Dezember versäumte Sitzungen abgezogen worden. Da die Auflösung am 13. Dezember eintrat, fiel die Januarauszahlung fort. Die Diätenzahlung würde also nach § 3 geordnet und es erhielt jedes Mitglied für jede im Dezember besuchte Sitzung 20 ℳ ausgezahlt, im Höchstfalle also 200 ℳ noch für den Dezember. — Die Diätenzahlung für den neuen Reichstag dürfte etwas kompliziert werden, da das Diätengesetz eins der schlechtesten Gesetze ist, die der Reichstag jemals gemacht. Das Gesetz hat keine Bestimmungen getroffen, was zu geschehen hat, wenn der Reichstag aufgelöst wird und in 20 Tagen wieder zusammentritt. Der Reichstag dürfte etwa am 15. Februar zusammentreten; hier entsteht nun die Frage, erhalten die Abgeordneten sofort die Februarrate (400 ℳ) oder erhalten sie für jede Februarsitzung 20 ℳ. Am 1. März kämen 500 ℳ zur Auszahlung; wenn die Februarrate voll gezahlt wird, müßten die Februar-Versäumnißgelder von der Märzrate abgezogen werden, im anderen Falle fiele ein Abzug fort. Man dürfte sich dahin einigen, im Februar für jede Sitzung 20 ℳ Diäten zu zahlen.

th. **Was die neuen Steuern nach dem Wunsche des Frhrn. von Stengel im Jahre 1907 bringen sollen.** Die im Frühjahr 1906 vom Reichstage beschlossenen Steuern sind in ihren Erträgnissen sehr hinter den Erwartungen zurückgeblieben. So hat man den Ertrag dieser Steuer für 1907 lange nicht so hoch veranschlagen können, wie man gehofft, z. B. sollte die Erbschaftssteuer 48 Millionen bringen, man wird aber froh sein, wenn 36 Millionen zu verbuchen sind. Die anderen Steuern sollen einbringen: Zigarettensteuer 11½ Millionen Mark, Frachtkundensteuer 13 720 000 Mark, Personenfahrkartensteuer 46 Millionen Mark, Automobilsteuer 3 Millionen Mark, Tantiemensteuer 10 Millionen Mark. — Im ganzen sollen die Zölle und Steuern des Reichs einbringen 1 179 543 580 Mark, das sind gegen 1906 105 890 360 Mark weniger.

nlc. **Roeren.** Der Oberlandesgerichtsrat Roeren erklärt es unter den obwaltenden Umständen als seine „Ehrenpflicht", wieder in seinem früheren Wahlkreis Merzig-Saarlouis zu kandidieren. Die Wiederwahl ist gesichert; denn er erhielt im Jahre 1903 22 307 Stimmen gegen 1024 nationalliberale und 314 sozialdemokratische Stimmen. Aber wir kennen für Herrn Oberlandesgerichtsrat Roeren eine weit näher liegende „Ehrenpflicht" als die seiner Reichstagskandidatur, nämlich die, sich von den Beschuldigungen der frivolen Ehrenabschneiderei gegen den früheren Bezirksamtmann Schmidt zu reinigen. Die Aufforderung des Herrn Schmidt an Herrn Roeren, er (Roeren) möge seine Verdächtigungen und Anklagen vor breitester Oeffentlichkeit und nicht bloß unter dem Schutz der Immunität als Reichstagsabgeordneter wiederholen, damit Herr Schmidt gerichtlich gegen ihn vorgehen kann, hat Herr Roeren, der hohe richterliche Beamte, bisher unterlassen. Durch den von Schmidt an ihn gerichteten offenen Brief bleibt aber Herrn Roeren kein Ausweg mehr übrig. Er wird im Wahlkampf zu einer Erklärung gezwungen werden, die Handhabe zu einem gerichtlichen Verfahren bietet.

* **Die Sozialpolitik und die Reichstagsauflösung.** Unter den Gesetzentwürfen, die durch die Reichstagsauflösung von der Tagesordnung verschwinden, befinden sich sozialpolitische wichtigster Art: z. B. der Entwurf über die gewerblichen Berufsvereine, die schon bis zur zweiten Lesung gediehenen Entwürfe über das Hilfskassengesetz, den Unterstützungswohnsitz und den Versicherungsvertrag. Auch Beschlüsse der Parteien, welche die Regelung der Heimarbeit, die Einführung des Zehnstundentages für Fabrikarbeiterinnen usw. fordern, folgen den Gesetzentwürfen in die Versenkung nach. Hieran anknüpfend, betont Professor Dr. E. Francke in der „Sozialen Praxis", daß bei den Neuwahlen die sozialpolitischen Forderungen in den meisten Wahlkreisen ganz zurücktreten werden, während nach der Wahl Kolonialpolitik und Haushaltungsberatung den Reichstag geraume Zeit ausschließlich beschäftigen müssen. Indem bedeute dies nur einen Aufschub der sozialpolitischen Arbeit, keine Umkehr auf dem Wege der Sozialreform. Erst beim Silberjubiläum der Novemberbotschaft des Jahres 1881 hatten Kaiser und Kanzler feierlich verkündet, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiet der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhen solle. Diese Verheißung bleibe bestehen, auch wenn augenblicklich die Sorge für die Macht und Weltstellung des Reiches die Sozialpolitik in den Hintergrund dränge. Außerdem bildeten Macht- und Sozialpolitik keinen Gegensatz, sondern eine Ergänzung. Und ferner selbst willen müsse das Reich Sozialpolitik treiben, damit es leistungsfähig bleibe. In dieser Triebkraft des staatlichen Selbstschutzes trete die von unten wirkende der Arbeiterbewegung, die durch ihr eigenes Schwergewicht immer wieder die Regierung zur Durchführung sozialer Reformen bestimme. Der gewerkschaftliche und genossenschaftliche Gedanke sei heute stark genug, um im Sinne seiner Ziele auch die Wahlen zu beeinflussen. Diese Strömungen sollten von den bürgerlichen Parteien berücksichtigt, und zum Pfande ihres sozialpolitischen Willens sollten Arbeiterführer in die Zahl ihrer Kandidaten aufgenommen werden. Eine parteipolitische Stellungnahme im Wahlkampfe lehnt Francke für das Organ der Sozialreformer ab, „hofft" und „wünscht" jedoch ausdrücklich, daß der Streit entschieden werde „im Sinne nationaler Ehre und Macht."

* **Stablewski-Memoiren.** Wie die „Frkft. Ztg." aus Posen erfährt, hat der verstorbene Erzbischof eine Reihe von wertvollen politischen Tagebuchaufzeichnungen hinterlassen. Diese sind jetzt von dem polnischen Prälaten Chotkowski aus Krakau zu einer Broschüre zusammengestellt.

**Der Fall Cäsar und die Weimarer Synode.** Der viel erörterte Fall Cäsar, der wochenlang die öffentliche Meinung beschäftigte, kam in der Landessynode des Großherzogtums eingehend zur Sprache. Ein Initiativantrag forderte die Abschaffung des Kollegiums für auswärtige in ein Amt der Landeskirche einberufene Theologen. Begründet wurde dieser mit dem Hinweis auf die im Falle Cäsar ergangene Entscheidung der obersten preußischen Kirchenverwaltung. Die darin bestätigte Verurteilung der theologischen Anschauung eines Dieners der weimarischen Landeskirche sei eine Verletzung des Gemeinschaftsgefühls der deutschen evangelischen Landeskirchen. Die äußere Form für diese Verletzung habe die Einrichtung des sog. Kollegiums für Theologen geboten, die aus einer Landeskirche in ein Amt einer anderen übertreten wollten. Ein solches Kollegium stelle entweder eine unnötige Belästigung dar oder werde zu einem Glaubensgericht. Durch ein Glaubensexamen könne aber unmöglich die Befähigung eines Geistlichen für sein Amt nachgewiesen werden. Bei der Erörterung des von zwei Drittel der Synodalmitglieder unterschriebenen Antrages erklärte Superintendent Frenkel, daß der Fall Cäsar keine rein preußische oder persönliche Angelegenheit mehr sei, sondern eine Frage, die die ganze weimarische Landeskirche aufs tiefste berühre. Gegen das über Pfarrer Cäsar ausgesprochene Urteil müsse man öffentlich und feierlich protestieren. In ähnlicher Weise sprach sich die Mehrzahl der Redner aus. Staatsminister Dr. Rothe erklärte, daß der Fall Cäsar die Synode nicht beschäftigen könne, da dieser eine Einmischung in die Verhältnisse einer fremden Landeskirche bedeute. Professor D. Thümmel-Jena erwiderte darauf, daß die Synode keineswegs ein Ressort der großherzoglichen Staatsregierung sei, sie habe alle Fragen zu erörtern, die die Gemeinden beschäftigten und bewegten. Die Debatte wurde darauf geschlossen. Die Abstimmung erfolgte, wie uns ein Privattelegramm aus Weimar meldet, gestern. Der Antrag Frenkel wurde einstimmig angenommen in der Form, die großherzogliche Staatsregierung wolle bei dem deutschen evangelischen Kirchenausschuß eine gemeinschaftliche Prüfungsordnung für die deutschen evangelischen Geistlichen beantragen. Die Antragsteller hoffen, daß auf dieser Grundlage die Beseitigung des Kollegiums erreicht werden wird.

* **Zum Fall Korell.** Bei Verhandlungen vor dem Oberkonsistorium in Darmstadt ergab es sich, daß der von dem christlichsozialen Führer Pfr. Bernbeck als Abgeordneter in der Synode erhobene Vorwurf gegen Korell, dieser habe 1898 sozialdemokratische Stimmzettel verteilt, unbegründet war. Korell hatte nur Bekannten sozialdemokratische Wahlzettel gezeigt, die ihm am Wahltag auf der Straße angeboten worden waren. Und so wurde aus der Mücke der Elefant!

# Deutsche Kolonien.

* **Verhandlungen mit England über Südwestafrika.** In London werden, wie in einem Teile der Auflage schon kurz gemeldet wurde, zurzeit Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der englischen Regierung geführt über Maßnahmen gegen den Uebertritt aufständischer Eingeborener aus Deutsch-Südwestafrika auf englisches Gebiet sowie darüber, ob Proviant und Munition für die deutschen Streitkräfte von der Kapkolonie aus in das deutsche Schutzgebiet eingeführt werden könnten. Beide Maßnahmen würden naturgemäß der Truppe und dem Oberkommando in Südwestafrika angenehm sein. An den Verhandlungen, die zwischen dem Staatssekretär des Aeußern Sir Edward Grey und dem deutschen Botschafter Grafen Metternich seit längerer Zeit vorbereitet worden sind, ist auch der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika Herr von Lindequist beteiligt. Da die Kaperegierung in mancher Hinsicht selbständig ist, wird auch sie vor Abschluß der Verhandlungen gehört werden müssen. — Ueber die Truppenrücktransporte aus Südwestafrika wird geschrieben, daß außer dem gestern nachmittag mit dem Woermanndampfer „Ernst Woermann" in Cuxhaven eingetroffenen Truppenrücktransport von 160 Mann nur noch ein etwa 500 Mann starker Truppentransport von Südwestafrika nach Deutschland unterwegs ist. Die Ankunft dieses Transportes wird in Cuxhaven am 27. d. M. erwartet. Damit erreichen dann die Truppenrücktransporte aus Südwestafrika einstweilen ihr Ende, bis der neu einzuberufende Reichstag in dieser Angelegenheit weitere Beschlüsse gefaßt hat.

* **Noeren und Tietz.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Den hat Gott gerichtet!" rief der Abgeordnete Roeren, als er von dem Tode des von ihm zu Unrecht verfolgten Assessors Tietz in Togo erfuhr. Sein hartherziges Wort ist energisch zurückgewiesen worden. Im Reichstage nahm der Kolonialdirektor noch am Tage der Auflösung das Andenken Tietz' in Schutz und erklärte, daß Tietz ein außerordentlich tüchtiger, braver und anständiger Beamter gewesen sei, der im Dienste seines Vaterlandes und des Kaisers in Togo gestorben ist. Die Mutter des Verstorbenen übersandte dem Reichskanzler einen Dankbrief, in dem sie für die Veranlassung dieser Verteidigung ihres Sohnes dankt. Sie könne nicht glauben, daß ihr christlich, patriotisch und sittlich erzogener Sohn Grenueltaten gutgeheißen habe, zumal er auf ihre mütterliche Ermahnung, gut zu sein gegen die Eingeborenen, zuversichtlich geantwortet habe, mit denen stehe er gut. Auch vom Gouverneur Grafen Zech und von Augenzeugen des Begräbnisses werde berichtet, die Häuptlinge und die höchsten Eingeborenen seien seinem Sarge gefolgt. Jeder Bekannte ihres guten und braven Sohnes halte ihn unfähig solcher Beschuldigungen. Ihr Sohn habe sehr viel bei den streitigen Verhältnissen gelitten, die seine Gesundheit zerrüttetem. „Nicht gerichtet, sondern erlöst hat ihn Gott."

# Ausland.

## Oesterreich-Ungarn.

* **Der Kaiser** ist gestern nachmittag nach Wien abgereist.

* **Der numerus clausus.** Dem Herrenhause ging in der gestrigen Sitzung die Regierungsvorlage über den numerus clausus zu. Graf Franz Thun beantragt, diesen Gegenstand ohne erste Lesung der Wahlreformkommission zu überweisen mit dem Auftrage, binnen 24 Stunden mündlich Bericht zu erstatten, und mit Rücksicht auf den engen Zusammenhang dieser Vorlage mit der Wahlreform die Beratung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung abzusetzen. Der Antrag wird angenommen. Nach Vornahme der Ergänzungswahlen zur Wahlreformkommission wird die Sitzung wenige Minuten nach 12 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung findet Freitag vormittag 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen: Die Wahlreformvorlage und die Vorlage über den numerus clausus. Die Verhandlungen der drei Parteigruppen des Herrenhauses, der Mittelpartei, der Verfassungspartei und der Partei der Rechten haben eine vollständige Einigung in Sachen der Wahlreform ergeben. In den drei Parteigruppen waren 158 von 214 Mitgliedern des Herrenhauses anwesend, von diesen stimmten 97 gegen das Plenalstimmrecht und gegen die Aufnahme des numerus clausus in die Wahlreformvorlage. Was den numerus clausus des Herrenhauses betrifft, erklärte sich die Regierung durch den Ministerpräsidenten Baron Beck einverstanden mit der Maximalziffer 170 und der Minimalziffer 150. Die Gesamtabstimmung in der Sitzung des Herrenhauses wird voraussichtlich dasselbe Resultat ergeben wie die Abstimmung in den Gruppen.

* **Tittonis Rede.** Die jüngsten Aussprüchungen Tittonis über die auswärtige Politik Italiens haben in den Wiener politischen Kreisen einen durchaus günstigen Eindruck hervorgerufen, und es wird ganz besonders ihre Klarheit und Aufrichtigkeit gerühmt, die keinen Zweifel über die wahren Intentionen der italienischen Regierung für die Zukunft zulassen. Es wird konstatiert, daß die Erklärungen des italienischen Ministers eine treffliche Ergänzung der Ausführungen des Reichskanzlers Fürsten Bülow im deutschen Reichstag und des Ministers des Aeußern Freiherrn v. Aehrenthal in den Delegationen bilden und neuerlich bestätigen, daß unter den Dreibundmächten die vollste Uebereinstimmung in allen Fragen der äußeren Politik besteht, wie sie zur Aufrechthaltung des Friedens und zur Vermeidung von Mißverständnissen so dringend notwendig erscheint. Nach einer aus Pest vorliegenden Meldung hat die Rede Tittonis sowohl den Minister des Aeußern Freiherrn v. Aehrenthal, als auch die dortigen politischen Kreise außerordentlich befriedigt, und es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß nunmehr das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien keinen unerfreulichen Schwankungen ausgesetzt sein werde.

* **Heeresbudget.** In der ungarischen Delegation erklärte bei der fortgesetzten Beratung des Heeresbudgets Oberst Urban namens des Kriegsministers, bisher seien tausend neue Geschützrohre angefertigt, die übrigen Bestandteile der Geschütze seien der Privatindustrie übergeben worden. Die Neuausrüstung der Artillerie dürfte im Jahre 1908 beendet sein. Gegen den Wunsch, daß die Offiziere außerhalb des Dienstes den Säbel nicht tragen dürfen, müsse der Minister entschieden Stellung nehmen. Der Minister lege großen Wert darauf, daß die Offiziere des Generalstabes der ungarischen Sprache mächtig seien. Alle Hindernisse gegen den Eintritt des ungarischen Elementes in die Armee seien beseitigt.

## England.

K. **Der parlamentarische Konflikt.** (Privattelegramm unseres Londoner Korrespondenten.) Die Lords ließen ihren Widerspruch gegen die Unterhaus-Fassung der trades disputes-Bill fallen, machen also einen Schritt zurück. Großes Aufsehen macht die Oberhaus-Rede des Unionisten-Führers Herzogs v. Devonshire (Hartington), der namentlich den Bischöfen unfriedfertige Prinzipienreiterei vorwirft und sie für die ernste Krisis verantwortlich macht. Die Kirche verliert durch den Fall der education-Bill 1 Million Staatsbeiträge für Miete und Reparaturen der Kirchenschulen. Eine Gelegenheit zur Anerkennung der konfessionellen Schulen dürfte nie wieder kommen: darüber sind heute alle Parteien einig. Einen großen Eindruck machte ferner die Andeutung des Earls of Crewe, das Kabinett sei nunmehr den Konkordatsmitteln einen Appell ans Land schuldig. — Es gehen noch folgende Nachrichten ein: Die Morgenblätter halten Leichenreden über das gefallene Unterrichtsgesetz, das durch den Premierminister in aller Form durch Zurückziehung der Bill im Unterhause bestattet werden wird. Dabei wird es, wenn die liberalen Blätter recht unterrichtet sind, nicht ohne kräftigen Kaffall gegen die Mörder der Bill abgehen. Die Konkordatsmitteln äußern sich über die Nichtannahme der verstümmelten Vorlage eher befriedigt als betrübt; ihnen war die Regierung mit ihren Konzessionen viel zu weit gegangen. Der nächste Schritt dürfte die Einbringung einer kurzen Bill zu Anfang der nächsten Session sein, die verlangt, daß der konfessionelle Religionsunterricht in den Volksschulen nicht mehr aus den öffentlichen Kassen bezahlt wird. Das Oberhaus stellte sich in seinen Debatten nicht feindlich gegen eine solche Maßregel, über seine weiteren Absichten ist aber nichts Genaues zu sagen. — Eine andere Meldung besagt: Die Blätter spiegeln das Chaos wider, in welches der Konflikt zwischen den beiden Häusern des Parlaments das Land versetzt. Beide große Parteien klagen sich gegenseitig der Vernichtung der Schulbill und der Verschwendung einer ganzen Parlamentssession darüber an. Niemand wagt zu sagen, was die Folge der Niederlage der Regierung im Oberhause sein wird. Die liberale „Tribune" tritt allein in der Befürwortung eines sofortigen Appells an das Land. Sie erinnert daran, daß Gladstone 1894 in ähnlicher Lage sofort an das Land appellieren wollte und zurücktrat, weil das Kabinett sich hiergegen entschied. Rosebery zog die Politik der „Anfüllung des Kruges bis zum Herbrechen" durch das Oberhaus vor und machte damit eiend Fiasko. Die „Tribune" warnt dringend vor einer Wiederholung dieses Fehlers. Die überwiegende Meinung spricht sich jedoch nicht sehr zuversichtlich für eine Auflösung des Unterhauses aus und hält sie nicht für wahrscheinlich. Daß die Sitzung im Unterhause mit der völligen Aufhebung der Bill enden wird, gilt als selbstverständlich, ebenso daß die Regierung und die liberale Parteileitung erst dann ihre Entscheidung über die einzuschlagenden Schritte treffen werden, über die noch keine Einigkeit hergestellt sei.

* **Chamberlain.** „Daily Chronicle" will erfahren haben, daß Josef Chamberlain infolge der Ueberanstrengung bei der Feier seines 70. Geburtstages sein Gedächtnis vollständig verloren habe. Im übrigen seien seine geistigen Fähigkeiten unversehrt.

* **Bestrafung eines Verräters.** In Chatham ist ein Marinesignalgast zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er den Schlüssel zu dem Signalbuch von dem Kriegsschiff „Amphitrite" entwendet hatte.

## Italien.

P. **Italiens Präparkation.** (Privattelegramm unseres römischen Korrespondenten.) Der Mailänder „Corriere della sera" verweist mit Recht auf Tittonis Worte, daß im Dreibundvertrage die Notwendigkeit für Italien vorgesehen sei, immer mit England Freundschaft zu halten, und daß schon Guicciardini im Senat die Konvergenz der deutschen und der englischen Politik für eine Voraussetzung der Bündnispflicht Italiens erklärt habe. Jene Zeitung ist nunmehr mit dem Dreibund voll einverstanden, da alle Wahrscheinlichkeit einer militärischen Aktion Italiens zugunsten Deutschlands wegen der englisch-französischen Entente ausgeschaltet sei. — In dieser Auffassung der italienischen Bündnis- und Freundschafts-Verhältnisse, die in dem Artikel des „Corriere della sera" noch mit größerer Schärfe akzentuiert wird, als in der Rede des Ministers, ist folgendes einzuwenden: Daß schon der alte Dreibunds-Vertrag die Teilnahme Italiens an Feindseligkeiten gegen England ausschloß, wissen wir alle. Er bezog sich eben nur auf kriegerische Verwicklungen Deutschlands-Oesterreichs mit Frankreich. Das neue Moment, welches die gesamten europäischen Verhältnisse verschoben hat, ist durch die englisch-französische Entente hineingetragen. Wir erfahren alle nunmehr genau, was wir nach Italiens Verhalten auf der Konferenz von Algeciras schon beschließen durften, daß der Bündnisfall jetzt auch für ausgeschlossen betrachtet wird bei einer gemeinsamen englisch-französischen Aktion gegen die germanischen Festlands-Mächte. Damit ist allerdings der Wert des italienischen Bündnisses für uns so lange auf Null herabgesunken, als Italien es nicht gelingt, seinen Bundesgenossen England von dem Zusammengehen mit Frankreich wieder loszulösen. Bis dahin ist sein Vertrag mit uns und Oesterreich gleich einer Aktie, welche keine Dividenden abwirft und in Erwartung besserer Zeiten im feuerfesten Geldschrank aufbewahrt wird.

P. **Handelspolitische Verhandlungen mit Serbien.** Zwischen Vertretern Italiens und Serbiens sind in Belgrad Verhandlungen begonnen worden, die zum Abschluß eines Handelsvertrages führen dürften. Wie bekannt, hat Italien seit Beginn der Mißhelligkeiten zwischen Oesterreich und Serbien aufs eifrigste gearbeitet, um die von Oesterreich verlorenen oder halbverlassenen Positionen sich zuzueignen, und es hat bei seinen Bemühen ansehnlichen Erfolg gehabt.

## Rußland.

P. **Rußland und Japan.** Der durch gute Beziehungen und gute, u. a. durch Teilnahme am russisch-japanischen Kriege erworbene Militärkenntnis ausgezeichnete Petersburger Korrespondent der römischen „Tribuna" telegraphiert: Die Spannung der Beziehungen zwischen der russischen und japanischen Regierung hat sich dermaßen verstärkt, daß man auch in diplomatischen Kreisen mit der Möglichkeit rechnet, daß im nächsten Frühjahr der Krieg ausbricht und den Bruch der diplomatischen Beziehungen für bevorstehend hält. Ein eben aus der Mandschurei zurückgekehrter General sagte mir, er sei höchst besorgt wegen der Konzentration chinesischer Truppen an der mongolischen Grenze, prächtig bewaffneter und wunderbar disziplinierter Truppen. Es scheint, daß man dort alsbald einen Angriff gewärtigt; in Petersburg ist man völlig unvorbereitet.

* **Verfolgung der Geistlichen.** In der Nacht auf den 29. November ist der Priester einer Kirche auf der Wyborger Seite in Petersburg, Pater Paul, erretiert worden. Er wird beschuldigt, Predigten progressiven Charakters im Geiste des christlichen Sozialismus gehalten zu haben. Durch einen Beschl des heiligen Synods ist ferner der Professor der geistlichen Akademie in St. Petersburg, Archimandrit Michael, seines Amtes enthoben worden, für einen Brief an die Redaktion des „Towaritsch", in dem er sich als Mitglied der volkstümlichen Partei erklärt. Archimandrit Michael ist zugleich nach Woronesch verschickt worden.

* **Tatiana kommt vors Schwurgericht.** Die Berner Anklagekammer hat die Russin Tatiana Leontieff, die im September den Pariser Rentier Müller ermordet, den sie für den Minister Durnovo hielt, wegen Mordes an das Schwurgericht überwiesen.

## Marokko.

* **Die Zustände bei Tanger.** In sehr amüsanter Weise schildert der „Times"-Korrespondent die Zustände in und um Tanger, obwohl gerade er es gewesen ist, der die Lage als sehr ernst bezeichnete. Er drohtet: Die Situation ist fast unverändert. Raisuli fürchtet sich vor den Truppen des Sultans und diese vor Raisulis Drohungen. Die Städter fürchten sich vor den Gebirgsvölkern, und diese fürchten sich so vor den Städtern, daß sie nicht mehr zu Markte kommen. Die Franzosen und Spanier fürchten, daß irgend ein unvorhergesehenes Ereignis sie zu intervenieren zwingen könnte, und die eingeborene Bevölkerung befürchtet, daß die beiden Mächte die Gelegenheit zum Intervenieren suchen. Jeder blufft den anderen und jeder ist sich dessen bewußt, aber keiner weiß, daß die anderen es auch so machen. In anderen Ländern würde ein solcher Zustand zur Panik führen; hier in Marokko spielen sich die Dinge gerade umgekehrt ab. Hier herrscht eine schätzenswerte Ruhe. Das Resultat von allem wird sicherlich Null sein: Der Maghzen wird mit Raisuli verhandeln und zwar erfolgreich, das heißt erfolgreich für Raisuli. Die Dinge werden diesmal gerade so verlaufen wie vor zwei Jahren, und die Diplomaten werden sich für lange Zeit niedersetzen und Proteste an den Sultan schreiben.

## Argentinien.

* **Kanonenboote.** Die Regierung hat das Angebot Armstrongs angenommen, zwei gepanzerte Kanonenboote zum Gesamtpreise von 162 898 Pfund Sterling zu bauen.

## Japan.

K. **Formalien-Streit.** (Privattelegramm unseres Londoner Korrespondenten.) Zwischen Japan und England ergaben sich außerordentlich charakteristische Differenzen über den Ort der demnächstigen Konferenz der Marine- und Armee-Vertreter zur Aufstellung gemeinschaftlicher Mobilmachungspläne. Wie bei der Erneuerung der Allianz vorgesehen war, machte England als selbstverständlich das Zugeständnis, daß die Armeekonferenzen in Tokio stattfinden sollen. Die Japaner verlangten im Bewußtsein der Notwendigkeit einer Kooperation der Land- und Seestreitkräfte, daß auch die Marinekonferenzen in Tokio abgehalten würden. England lehnte ab, da es mit seiner Stellung als führender Seemacht unvereinbar sei. Japan beharrt auf seinem Standpunkt, den es mit dem Hinblick auf die Lage in Persien motiviert und durchsetzen zu können glaubt.

## China.

* **Die offene Tür.** Außer Tschangtschun, Kirin, Charbin und Mandschuria wird einer amtlichen Bekanntmachung zufolge auch Tsitsikar dem internationalen Handel geöffnet. Die Eröffnung erfolgt für alle Plätze am 14. Januar 1907.